

# Scheinheiligkeit in Migrationsdebatte

Auf dem Globalen Flüchtlingsforum Genf werden konkrete Geldzusagen gemacht – die politische Krise wird aber auch instrumentalisiert

Von Stefan Rother

Vor einem Jahr dominierte die Diskussion über den Migrationspakt der Vereinten Nationen die öffentliche Debatte, Kritiker und Rechtspopulisten überboten sich mit Schreckensszenarien: Deutschlands Sozialverfall in der Einwanderungspolitik sei bedroht, es drohen immense Zuwanderungszahlen. Nichts davon ist eingetroffen – und auch die aufgeregte Diskussion ist schnell wie ein Strohhalm erloschen.

Dabei hat das Thema nichts von seiner Relevanz eingebüßt, und die Umsetzung der vereinbarten Ziele wäre jede sachliche Auseinandersetzung wert. Allerdings scheut die Bundesregierung offenkundig das Risiko, sich hier weiter die Finger zu verbrennen: Zwar unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Herkunftsländer bei der Umsetzung des Migrationspakts, bei der eigenen Politik wird das Label aber tunlichst vermieden – auch wenn etwa der geplante Masterplan zur Fachkräfte-Einwanderung sich hier sehr gut einfügen könnte.

Bei einer Folgeveranstaltung, die paradoxerweise viel weniger öffentliche Aufmerksamkeit einhalten hat, bringt sich die Bundesregierung dafür umso offensiver ein: dem Flüchtlingspakt, der ebenfalls vor einem Jahr verabschiedet wurde. Um

dessen Umsetzung zu diskutieren, fand in Genf in dieser Woche das erste Globale Flüchtlingsforum mit rund 3000 Teilnehmern statt. Neben Äthiopien, Costa Rica, Pakistan und der Türkei war Deutschland einer der Ausrichter. Wie lässt sich die Wirkung und Sinnhaftigkeit des mit großem Aufwand veranstalteten dreitägigen Events bewerten? Drei Sichtweisen bieten sich an.

Zun einen kann man auf konkrete Zahlen verweisen. Alle Teilnehmer wie Staaten, internationale Organisationen, Unternehmen oder Zivilgesellschaft waren dazu aufgefordert, Zusagen zu machen, die im Laufe des Forums erfasst wurden. Einige waren recht wolkig („bessere Kooperation“), andere dagegen handfest. So sagte allein die Weltbank 2,2 Milliarden Dollar für die Unterstützung von Aufnahmefähigkeit mit geringer Wirtschaftskraft zu, mehr als zwei Milliarden wurde von Staaten bereitgestellt und 250 Millionen von privaten Unternehmen. In diesem Rahmen sollen mehr als 15 000 Arbeitsplätze für Geflüchtete geschaffen werden, dazu kommen zahlreiche Projekte.

Doch bei dem emotional besetzten Thema geht es auch um die Wortwahl. Migrationsforscher Jeff Crisp, früher selbst in leitender Funktion bei dem ausrichtenden UN-Flüchtlingshilfswerk tätig, übte Fundamentalkritik an dem For-

mat und sprach Themen wie Externalisierung von Grenzen, das Zurückdrängen von Geflüchteten oder Abschiebehaft an.

Tatsächlich war reichlich Scheinheiligkeit in Genf zu spüren. So warnte der türkische Präsident Erdogan davon, Geflüchtete zu instrumentalisieren, während er diese regelmäßig als Verhandlungsmasse mit der EU einsetzt. Mit Verweis auf die in der Tat beachtliche Leistung der Türkei als Hauptaufnahmeland von Geflüchteten und Slogans wie „Hätten Flüchtlinge Öl statt Blut in ihren Adern, wäre ihnen längst geholfen“, konnte er einiges an Applaus einheimen – propagierte aber gleichzeitig seine sogenannte „Friedenszone“ in Nordsyrien, in die Geflüchtete jetzt zurückkehren konnten, natürlich rein freiwillig.

## Erdogan lobt die Türkei als Aufnahmeland

Tatsächlich hat Amnesty bereits mehrere hundert Zwangsabschiebungen dokumentiert. Der Botschafter der USA, die neben Ungarn als einziges Land gegen den Pakt gestimmt hatten, durfte als Vertreter eines Hauptgebelandes dennoch sprechen und warb für eine würdige Behandlung von Geflüchteten, wobei die

Grenze zu Mexiko offenbar ausgetrimmert bleibt. Auch sonst wurde das Forum reichlich politisiert, Pakistan griff Indien wegen des Muslimfeindlichen neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes an, Iran wertete gegen die Sanktionen, Venezuela bestrift jegliche humanitäre Krise.

Vor diesem Hintergrund mag der Fokus des Forums auf positive Beispiele zynisch-naiv erscheinen – oder aber als genau die richtige Strategie. Immerhin 80 Geflüchtete waren unter den Delegierten vertreten. Sie hatten Erfolgsgeschichten im Gepäck, berichteten etwa von Fortbildungen oder ihrer Arbeit als Kleinunternehmer. Mit Bildung, das war in Genf zu vernehmen, lässt sich eine konkrete Verbesserung der Lage von Geflüchteten erreichen – sei es durch Online-Universitäten der Jesuiten oder sei es durch zahlreiche Stipendien Förderprogramme, bei denen insbesondere deutsche Institutionen aktiv sind.

Eng damit verbunden ist das Thema Arbeit. Vertreter der Privatwirtschaft wie die Eiscrème-Kette Ben & Jerry's, die Lego-Foundation – die auch Grower aus der Sesamstraße nach Genf entsandte – oder die Ikea-Stiftung, die sich stark für Geflüchtete einsetzt, zeigten hier ihr Engagement. Nicht ohne Eigenmut, wie ein Vertreter bekannte: „Ein gutes Business zu sein, ist gut für das Business.“

B2 20.12.19